S 46 R 646/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Rente wegen Erwerbsminderung

Zustellerin bei der Post

Berufsschutz

Angelernte im unteren Bereich

Besitzstandsregelung

Leitsätze Zur Frage eines Berufsschutzes auf der

Ebene mindestens der oberen Angelernten als Grundlage der

Bewilligung einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit (§ 240 SGB VI) für eine Zustellerin der Deutschen Post AG, die nach Abschluss der Postbetrieblichen Prüfung mit der Besitzstandsregelung beim Übergang vom TV Arb-O zum ETV-DPAG die

Vergütung nach der Lohngruppe 6a bis zu ihrem Ausscheiden in den 2010er Jahren

behielt.

Normenkette SGB VI aF § 34 Abs 4 Nr 1

SGB VI § 34 Abs 2 Nr 1

SGB VI § 43 SGB VI § 240

1. Instanz

Aktenzeichen S 46 R 646/18 Datum 17.08.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 R 252/22 Datum 11.04.2024

3. Instanz

Datum -

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber einen Anspruch der Kl \tilde{A} m gerin, die seit dem 1. Dezember 2023 im Bezug von Altersrente f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r schwerbehinderte Menschen steht, auf Bewilligung einer Rente wegen Erwerbsminderung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Rentenversicherung \hat{a} SGB VI).

Die am â∏¦ 1960 geborene Klägerin durchlief zunächst eine Ausbildung zur Melkerin, die sie auf Grund ihrer Schwangerschaft abbrach. Nach einer Tätigkeit in der Landwirtschaft und als Lagerarbeiterin war sie nach ihren Angaben vom 1. September 1983 bis zum 20. November 1988 Zustellerin bei der Post in W. Daran schloss sich wieder eine Tätigkeit als Lagerarbeiterin, nun in der Landwirtschaft, bis zum 30. Juni 1990 an.

Dem Senat liegen insgesamt fünf Verträge über die Tätigkeit der Klägerin im Postdienst vor: Nach dem Arbeitsvertrag mit dem Postamt M. vom 20. Juli 1990 wurde die KlAzgerin mit Wirkung vom 1. Juli 1990 mit einer Einstufung in die Lohnbzw. Gehaltsgruppe â□□TGr. 4â□□ als â□□Zustellerâ□□ in W. eingestellt. In dem Vertrag wird als â∏∏Arbeitsaufgabeâ∏∏ der Klägerin angegeben: â∏∏Aushändigen von Postsendungen und Presseerzeugnissen, ggf. den SchlA¼ssel fA¼r die Paketzustellfächer, Kassieren und Abrechnen von Inkassogeldern.â∏ Die Deutsche Bundespost/Postdienst vereinbarte mit der KlĤgerin mit Arbeitsvertrag vom 27. Mai 1991 ein ArbeitsverhAxltnis ab dem 1. Januar 1991 als â∏vollbeschäftigter Arbeiterâ∏ mit einer Eingruppierung in die Tarifgruppe 4 der Tariftabelle der Tarifvereinbarung für die Mitarbeiter der Deutschen Post vom 27. April 1990. Mit ̸nderungsvertrag vom 17. Februar 1992 wurde der vorgenannte Arbeitsvertrag geändert. Es erfolgte durch das Postamt S. die Eingruppierung der Klägerin ab dem 1. Juli 1991 unbefristet in die Lohngruppe 4 des Tarifvertrages für die Arbeiter der Deutschen Bundespost im Beitrittsgebiet (TV Arb-O). Von der Deutschen Post AG, die ab dem 1. Januar 1995 aus der aufgelĶsten Deutschen Bundespost hervorging, wurde die KlĤgerin mit Schreiben vom 20. September 1996 rückwirkend ab dem 13. Mai 1996 aus dienstlichen Gründen von W. nach G. A. versetzt. Sofern es für die Klägerin zutreffe, würden die ihr entstehenden Mehraufwendungen im Rahmen eines finanziellen Ausgleichs nach den Regelungen der §Â§ 9 und 10 TV 444/445 erstattet. Mit Vertrag vom 17. Dezember 1996 erfolgte die ̸nderung des Arbeitsvertrages vom 27. Mai 1991 in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung vom 17. Februar 1992 mit Wirkung ab dem 1. Oktober 1996. Die Klägerin wurde nun unbefristet in die Lohngruppe 6a TV Arb-O eingruppiert. Zu den VertrĤgen wird (in chronologischer Reihenfolge) auf Blatt 339 bis 340, 341, 337, 348 und 349 bis 350 Bd. III der Gerichtsakte Bezug genommen. Die TÄxtigkeit bei der Post W. wurde durch die Arbeitgeberin zum 30. Juni 2012 personenbedingt aus wichtigem Grund wegen der Erkrankung der KIAxgerin gekündigt.

Während der Tätigkeit bei der Deutschen Post AG beantragte die Klägerin am 8. November 1995 die Zulassung zur Postbetrieblichen Prüfung und nahm vom 14. bis zum 25. Oktober 1996 an einem diese Prüfung betreffenden Vorbereitungslehrgang teil. Dem Einladungsschreiben ist eine Prüfung am 28. Oktober 1996 zu entnehmen. Aus dem Vermerk über das Ergebnis der Prüfung ist zu entnehmen, dass sich die Klägerin einer schriftlichen Prüfung in zwei

Prüfungsfächern stellen musste. Die Klägerin bestand am 29. Oktober 1996 ausweislich der Bescheinigung der Deutschen Post AG vom 19. November 1996 die Postbetriebliche Prüfung für Arbeiter.

Auf der von der Beklagten angeforderten Arbeitgeberauskunft der Deutschen Post AG/Niederlassung Brief vom 7. Mai 2018 ist als Beginn der TÄxtigkeit das Postdienstalter der KlĤgerin (am 20. November 1985) angegeben. Die KlĤgerin sei bis zum 30. Juni 2012 als Postarbeiterin/Briefzustellerin bei der Deutschen Post AG beschäxftigt gewesen. Die Frage, ob es sich um Arbeiten gehandelt habe, die von Facharbeitern/-angestellten, angelernten Arbeitnehmern oder ungelernten Arbeitnehmerin verrichtet werde, wurde mit â∏alles möglich!â∏ beantwortet. Angekreuzt wurde, dass die Klägerin als â∏Facharbeiter oder -angestellter bei einer vorgeschriebenen Ausbildungszeit von mehr als zwei Jahrenâ∏ tätig gewesen sei. Es habe sich um eine mittelschwere kA¶rperliche Arbeit bei einer mit der Klägerin vereinbarten wäßchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden gehandelt. Erforderlich gewesen seien eine besondere ZuverlÄxssigkeit und kĶrperliche Belastbarkeit, Ehrlichkeit, eine Serviceorientierung im Kundenkontakt, das Fahren von Dienstfahrzeugen mit einer guten rĤumlichen Orientierung im Straà enverkehr, die Bewà zltigung à zuà erer Witterungsverhà zltnisse sowie das Heben und Tragen von Paketen. Die TÄxtigkeit sei tariflich erfasst und nach der Lohngruppe 6a Stufe 8 des Entgelttarifvertrages für die Deutsche Post AG (ETV-DP AG) unter Berücksichtigung des Besitzstandes nach § 30 des Tarifvertrages mit Zulagen und ZuschlĤgen vergļtet worden. Der Facharbeiterlohn sei nicht ausschlie̸lich wegen der Qualität der Arbeit, sondern unter Berücksichtigung des Besitzstandes einer Arbeiterin im ehemaligen Ķffentlichen Dienst der Post gezahlt worden. Zu der Arbeitgeberauskunft wird im ̸brigen auf Blatt 57 bis 62 der Verwaltungsakte Bezug genommen.

Der Versicherungsverlauf der KlĤgerin zu ihrem Altersrentenbescheid vom 15. Januar 2024 weist fÃ⅓r den anschlieÃ□enden Zeitraum bis zum Altersrentenbeginn Zeiten der Berufsausbildung vom 21. Januar bis zum 16. Mai 2013 und versicherungspflichtige Beschäftigungen vom 28. Juni 2013 bis zum 24. September 2015, vom 16. Oktober 2015 bis zum 31. Januar 2016 und vom 3. Mai bis zum 19. November 2016 aus. Aus den im Verwaltungsverfahren eingereichten Unterlagen ist zu entnehmen, dass die Klägerin vom 28. Januar bis zum 24. Mai 2013 eine Ausbildung zur GeprÃ⅓ften Sicherheitsfachkraft absolvierte. Vom 28. Juni 2013 bis zum 31. Januar 2016 stand die Klägerin â□□ ausweislich der Vereinbarung vom 29. Dezember 2014 Ã⅓ber die Verlängerung des Arbeitsvertrages â□□ in einem befristeten Arbeitsverhältnis als Sicherheitsmitarbeiter im Objektschutzdienst. Die letzten Arbeitsverträge bis zum 2. Mai 2017 bei einem Sicherheitsdienst waren ebenfalls befristet.

Nach der AusschĶpfung von Krankengeld und Arbeitslosengeld stand die KlĤgerin vom 1. August 2019 bis zum Rentenbeginn im Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Bürgergeld â \square Grundsicherung für Arbeitsuchende [SGB II]).

Bei der KIägerin war seit dem 14. Dezember 2011 ein Grad der Behinderung (GdB)

von 30 anerkannt, der mit Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 5. April 2023 ab dem 22. November 2022 mit einem GdB von 50 neu festgestellt wurde. Als FunktionsbeeintrĤchtigungen wurden eine Sehbehinderung mit dem Verlust des linken Auges, eine Funktionsminderung der HalswirbelsĤule (HWS) und LendenwirbelsĤule (LWS) mit Nerven- und Muskelreizerscheinungen, BandscheibenschĤden, ein Kopfschmerzsyndrom, chronische Schmerzen und HerzdurchblutungsstĶrungen berĽcksichtigt.

Ausweislich des Rehabilitationsentlassungsberichtes vom 17. Juli 2017 attestierte die Reha-Klinik D. H. der Klägerin nach der dort vom 20. Juni bis zum 11. Juli 2017 durchgeführten stationären RehabilitationsmaÃ□nahme ein Leistungsvermögen von sechs Stunden und mehr täglich.

Die KlÄzgerin beantragte am 22. November 2017 bei der Beklagten die Bewilligung einer Rente wegen Erwerbsminderung. Die Beklagte holte das Gutachten von der Fachärztin f. Orthopädie K. vom 5. März 2018 auf der Grundlage der an diesem Tag durchgeführten Untersuchung ein. Die Gutachterin kam zu dem Ergebnis, bei der KlÄxgerin bestehe von orthopÄxdischer Seite eine vollschichtige berufliche EinsatzfĤhigkeit für leichte bis mittelschwere körperliche Tätigkeiten, wenn im Sitzen und im Wechsel mit Gehen und Stehen ohne schweres Heben und Tragen gearbeitet werde. Die Beklagte lehnte den Rentenantrag im Wesentlichen unter Hinweis auf dieses Gutachten ab. Bei der KlAzgerin bestehe ein LeistungsvermĶgen von mindestens sechs Stunden tĤglich für leichte bis mittelschwere Arbeiten mit weiteren FunktionseinschrĤnkungen. Mit dem festgestellten LeistungsvermĶgen kĶnne die KlĤgerin ihren Hauptberuf als Postmitarbeiterin nicht mehr aus A¼ben. Dieser Beruf sei der zweiten Stufe des Mehrstufenschemas des Bundessozialgerichts (BSG) (Angelernte des oberen oder unteren Bereichs) zuzuordnen, sodass die KlĤgerin auf andere AnlerntĤtigkeiten sowie auf TÄxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verweisbar sei (Bescheid vom 6. Dezember 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Juli 2018).

Mit ihrer am 18. Juli 2018 vor dem Sozialgericht Magdeburg erhobenen Klage hat die Klägerin ihr Begehren weiterverfolgt, indes ausdrýcklich nur den vorgenannten Bescheid angefochten. Ihr Leistungsvermögen sei auf Grund der bei ihr vorliegenden Erkrankungen auf unter drei Stunden täglich herabgesunken. Sie könne auf Grund einer Operation im Jahr 2020 kaum noch etwas sehen. Sie hat sich auf einen vorgelegten â \square Befundberichtâ \square der Fachärztin für Augenheilkunde S.-G., Augenzentrum L. , vom 5. Mai 2022, wonach das linke Auge mit einer Augenorthese versorgt sei und der Visus des rechten Auges 0,6 betrage, gestützt.

Die die Kl \tilde{A} α gerin behandelnde Fach \tilde{A} α rztin f \tilde{A} α r Augenheilkunde Dr. T. hat unter dem 4. Januar 2021 die Diagnose eines schmerzhaften blinden Schrumpfauges links nach Netzhautabl \tilde{A} α sung und multiplen operativen Eingriffen mitgeteilt, indes einen Visus der Kl \tilde{A} α gerin auf dem rechten Auge von 1,0 angegeben. Der Kl \tilde{A} α gerin seien keine T \tilde{A} α tigkeiten m \tilde{A} α glich, die ein r \tilde{A} α umliches Sehen erforderten (fehlendes Binokularsehen bei Ein \tilde{A} α ugigkeit). Zu den vom Sozialgericht eingeholten

Befundberichten wird im Ã□brigen auf Blatt 51 bis 58, 59, 60 bis 66, 70 f. bis 72 f., 75 bis 88, 101 f. bis und 136 Bd. I der Gerichtsakte Bezug genommen.

Das Sozialgericht hat Beweis erhoben durch Einholung des Gutachtens von der Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie Dr. B. vom 23. März 2022, das auf Grund der ambulanten Untersuchung der Klägerin am 15. Mägrz 2022 erstattet worden ist. Bei der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) gerin best\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{A}\) nden ein chronisches Schmerzsyndrom bei degenerativen WirbelsĤulenverĤnderungen (betont C7/TH 1 links und L4/L5/S1 links) ohne motorisches Defizit bei Osteochondrose, Spannungskopfschmerzen und eine beginnende Coxarthrose bislang ohne funktionelles Defizit. Bei den bekannten rezidivierenden depressiven Episoden liege derzeit eine leichtgradige depressive Episode vor. Unter Berücksichtigung des Wechsels von Gehen, Stehen und Sitzen sollte nach bisheriger Verlaufsbeobachtung mit Teilremission und aktueller Befundung ein Einsatz der Klägerin von sechs Stunden â∏ unter Berücksichtigung qualitativer Einschränkungen â∏ möglich sein. Insbesondere könne von der Klägerin die Tätigkeit einer Pförtnerin an der Nebenpforte verrichtet werden. Der Sachverhalt sei in medizinischer Hinsicht ausreichend geklärt. Zu dem Gutachten wird im Ã∏brigen auf Blatt 155 bis 181 Bd. II der Gerichtsakte Bezug genommen.

Das Sozialgericht hat die Klage nach AnhĶrung der Beteiligten mit Gerichtsbescheid vom 17. August 2022 abgewiesen. Die KlĤgerin sei nicht erwerbsgemindert, da sie in der Lage sei, fýr sechs Stunden leichte körperliche TÃxtigkeiten mit mittleren Anforderungen an die geistige Beanspruchung zu verrichten. Die Arbeiten sollten im Wechsel von Gehen, Stehen und Sitzen erfolgen. Zu vermeiden seien Zwangshaltungen, ̸berkopfarbeiten, Arbeiten in gebückter Haltung, im Akkord, am Flie̸band, unter Zeitdruck, an Maschinen mit besonderer Verletzungsgefahr, auf Leitern oder Gerüsten, mit Heben und Tragen von Lasten Anforderungen an das SehvermĶgen und Arbeiten in Nacht- oder Wechselschicht. Bei der KlÄgerin lÄgen auch keine schwere spezifische Leistungsbehinderung oder Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen vor, die trotz des sechsstündigen Leistungsvermögens zur Verschlossenheit des allgemeinen Arbeitsmarktes fýhren würden. Die Klägerin habe auch keinen Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit. Der für einen Berufsschutz der KlĤgerin maÄ∏gebliche bisherige Beruf sei der einer Postzustellerin, den sie zuletzt auf Grund eines unbefristeten Arbeitsvertrages versicherungspflichtig ausgeļbt habe. Ob die KlĤgerin diese TĤtigkeit weiterhin verrichten kA¶nne, brauche nicht entschieden werden. Denn selbst dann, wenn dies nicht der Fall sein sollte, folge daraus noch nicht, dass die KlĤgerin auch berufsunfĤhig sei. Der Beruf der KlĤgerin als Postzustellerin sei maximal in die Stufe 2, unterer Bereich, einzustufen, da die KlĤgerin hier keine Ausbildung besitze und nur kurzzeitig angelernt worden sei. Eine VerweisungstÄxtigkeit mÃ1/4sse daher nicht benannt werden.

Die KlĤgerin hat gegen den ihr am 22. August 2022 zugestellten Gerichtsbescheid am 14. September 2022 Berufung bei dem Landessozialgericht (LSG) Sachsen-Anhalt eingelegt, ohne sich zunĤchst in Antrag oder Begrľndung konkret auf das

Begehren einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit zu beziehen. Auf Anfrage des Senats hat die KlĤgerin mit Schriftsatz vom 28. November 2022 mitgeteilt, hilfsweise auch Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit geltend zu machen. Zur Begrļndung hat sie insoweit ausgefýhrt, das Sozialgericht sei fehlerhaft davon ausgegangen, dass sie in die Gruppe der Angelernten des unteren Bereichs einzuordnen sei. Sie sei auf einem beamtenbewerteten Arbeitsposten mit der Lohngruppe 6a tÃxtig gewesen und somit als Facharbeiterin einzustufen. Sie meint, aus ihrer Bezügemitteilung für Januar 2001 ergebe sich, dass sie als Gruppenführer in die Lohngruppe 7 eingruppiert gewesen sei. Sie kA¶nne insbesondere auf Grund der EinschrÄxnkungen des Sehens nicht mehr eine TÄxtigkeit aufnehmen, die sie überfordere. Die Beklagte habe zu Unrecht keine Verweisungstätigkeit benannt. Sie verweist auf den Vermerk zur Feststellung des Besitzstandes Lohn få¼r Arbeiter auf beamtenbewerteten Arbeitsposten vom 30. November 2000, in dem ein stĤndiger Einsatz der KlĤgerin am 31. Dezember 2000 mit der Bewertung A2/A3/A4 angegeben ist. Zu dem Vermerk wird im Ã\|Drigen auf Blatt 281 bis 282, zu der Bezügemitteilungen für Januar 1999 und Januar 2001 auf Blatt 379 und 380 Bd. II der Gerichtsakte Bezug genommen.

Die KlĤgerin beantragt sinngemĤÃ□,

Â den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Magdeburg vom 17. August 2022 und den Bescheid der Beklagten vom 6. Dezember 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Juli 2018 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr ab dem 1. November 2017 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung, hilfsweise eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung â□□ insbesondere bei Berufsunfähigkeit â□□ zu bewilligen.

Die Beklagte hat schriftsAxtzlich beantragt,

die Berufung vom 14. September 2022 als unbegründet zurückzuweisen.

Sie hÃxlt den angefochtenen Gerichtsbescheid für zutreffend. Die KlÃxgerin sei nicht berufsunfÄxhig. Tarifvertragliche Eingruppierungen auf Grund eines zeitbezogenen BewĤhrungsaufstiegs von Postbeamten, die nur die postbetriebliche Prüfung für Arbeiter absolviert hätten, seien nicht zur Beurteilung der Wertigkeit der BeschÄxftigung im Sinne des <u>§ 240 SGB VI</u> heranzuziehen, da diese Eingruppierungen auf qualitĤtsfremden Merkmalen beruhten (Hinweis auf BSG, Urteil vom 13. Dezember 2000 â∏ B 5 RI 28/99 R -). Die Einstufung der TÄxtigkeit der KlÄxgerin als Postzustellerin in die Stufe 2, unterer Bereich, des Mehrstufenschemas des BSG sei nicht zu beanstanden. Eine VerweisungstĤtigkeit sei nicht zu benennen. Im vorliegenden Fall sehe sie sich durch den Vermerk zur Feststellung des Besitzstandes vom 30. November 2000 bestätigt, in dem die beamtenbewertete Tätigkeit der KIägerin lediglich mit 2001 nicht in die Lohngruppe 7, sondern die Entgeltgruppe 3, Lohnstufe 7, eingruppiert gewesen. Die im Jahr 1998 gezahlte Gruppenführervergütung in Höhe von monatlich zwischen 4,50 DM und 44,00 DM ändere nichts an der

besitzstandsgeschützten Einstufung in die Lohngruppe 6a. Sie hat den Altersrentenbescheid vom 15. Januar 2024 nebst Anlagen übersandt, zu dem auf Blatt 386 bis 398 Bd. III der Gerichtsakte Bezug genommen wird.

Vom Senat sind Befundberichte von Dr. T. und von der FachĤrztin für Allgemeinmedizin Dr. R. eingeholt worden. Eine Mitbehandlung durch einen Neurologen und Orthopäden hat die Klägerin nicht angegeben. Dr. T. hat unter dem 23. März 2023 mitgeteilt, die Klägerin sei zuletzt am 6. Oktober 2022 zur Kontrolle in ihrer Praxis gewesen. Der Visus ohne Brille betrage auf dem rechten Auge 0,8. Eine Veränderung des Gesundheitszustands sei nicht eingetreten. Dr. R. hat in ihrem am 31. März 2023 bei dem Senat eingegangenen Befundbericht auf einen sich progredient verschlechternden Befund hingewiesen. Seit März 2022 bestünden bei der Klägerin Flankenschmerzen, Rückenschmerzen an HWS und LWS mit Nervenläsion, ein Leistungsknick und eine Gangunsicherheit mit Schwindel. Zu den Einzelheiten wird im Ã□brigen auf Blatt 300 und 302 bis 309 Bd. II der Gerichtsakte Bezug genommen.

Die Anfrage des Senats, ob die KlĤgerin im Besitz einer Fahrerlaubnis und eines Kfz sei, hat sie unter dem 11. Juli 2023 dahingehend beantwortet, über eine Fahrerlaubnis zu verfügen, jedoch seit Anfang des Jahres 2023 nicht mehr fahren zu dürfen. Sie besitze ein Fahrzeug, das derzeit zum Verkauf über eine Autowerkstatt angeboten werde.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte der Beklagten, der Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen ist, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Der Senat hat mit Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entscheiden können ($\frac{A}{N}$ 153 Abs. 1 i.V.m. $\frac{A}{N}$ 124 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz [SGG]).

Die Berufung ist unbegründet.

Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der angefochtene Bescheid der Beklagten ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin deshalb nicht in ihren Rechten (§Â§ 153 Abs. 1, 54 Abs. 2 Satz 1 SGG). Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Gewährung einer Rente wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung, insbesondere bei Berufsunfähigkeit.

Nach $\hat{A}\S$ 34 Abs. 4 Nr. 1 SGB VI a.F., dem $\hat{A}\S$ 34 Abs. 2 Nr. 1 SGB VI in der seit dem 1. Januar 2023 geltenden Fassung entspricht, ist nach bindender Bewilligung einer Rente wegen Alters oder f \hat{A}^{1} /4r Zeiten des Bezugs einer solchen Rente der Wechsel in eine Rente wegen verminderter Erwerbsf \hat{A} xhigkeit ausgeschlossen. Dieser

Ausschluss bezieht sich bei der Klägerin auf den Zeitraum seit dem 1. Dezember 2023, in dem sie Altersrente fþr schwerbehinderte Menschen bezogen hat.

Nach <u>ŧ 43 Abs. 1</u> und 2 SGB VI haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen teilweiser bzw. voller Erwerbsminderung, wenn sie teilweise bzw. voll erwerbsgemindert sind, in den letzten fýnf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge fþr eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit und vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfÃ⅓llt haben. Versicherte sind nach <u>§ 43 Abs. 1 Satz 2 SGB VI</u> teilweise erwerbsgemindert, wenn sie wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ□er Stande sind, unter den Ã⅓blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein, bzw. nach <u>§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> voll erwerbsgemindert, wenn sie unter diesen Bedingungen auÃ□er Stande sind, mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Erwerbsgemindert ist nach <u>§ 43 Abs. 3 SGB VI</u> nicht, wer unter den Ã⅓blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig sein kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen.

Die Klå¤gerin war bis zum Beginn der Altersrente nicht erwerbsgemindert im Sinne der vorgenannten Regelung, weil sie unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig sein konnte. Insoweit wird nach <u>§ 153 Abs. 2 SGG</u> auf die zutreffenden Ausführungen in dem angefochtenen Gerichtsbescheid Bezug genommen, die sich der Senat zu eigen macht.

Bei der KlĤgerin lagen bis zum Beginn der Altersrente auch eine schwere spezifische Leistungsbehinderung oder eine Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen nicht vor, die trotz des sechsstļndigen LeistungsvermĶgens zur Verschlossenheit des allgemeinen Arbeitsmarktes hÃxtten führen können. Die Beklagte war daher nicht verpflichtet, einen konkreten Arbeitsplatz zu benennen. Das RestleistungsvermĶgen der KlĤgerin reichte vielmehr noch für leichte körperliche Verrichtungen wie z.B. Zureichen, Abnehmen, leichte Reinigungsarbeiten ohne Zwangshaltungen, Kleben, Sortieren, Verpacken und Zusammensetzen von Teilen aus (vgl. die AufzĤhlungen in dem Beschluss des GroÃ⊓en Senats des BSG vom 19. Dezember 1996 â∏∏ GS 2/95 -, BSGE 80, 24, 33f.; in der Anwendbarkeit auf die aktuelle Rechtslage bestÄxtigt z.B. in BSG, Urteil vom 19. Oktober 2011 â∏ B 13 R 78/09 R -, juris). Das BSG geht in seinem Urteil vom 11. Dezember 2019 (- B 13 R 7/18 -, juris) weiterhin von dem Grundsatz des offenen Arbeitsmarktes aus und hAxIt daran fest, dass Versicherte, die nur noch körperlich leichte und geistig einfache Tätigkeiten â∏ ggf. unter weiteren gesundheitlichen EinschrĤnkungen â∏ wenigstens sechs Stunden täglich verrichten können, regelmäÃ∏ig in der Lage sind, â∏erwerbstätig zu seinâ∏∏ (juris, RdNr. 26 ff.). Eine Einäugigkeit stellt nur dann eine schwere spezifische Leistungsbehinderung dar, wenn eine GewĶhnung an das fehlende rĤumliche Sehen noch nicht stattgefunden hat. Die KlĤgerin steuerte mit der seit Juni 2020 bestehenden BeeintrÄxchtigung jedenfalls bis Anfang 2023 ein Kfz, sodass sie auch einer leichten kannperlicher Arbeit ohne Anforderungen an das

räumliche Sehen gerecht werden konnte.

Die Klägerin hat auch keinen Anspruch auf Bewilligung einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit nach § 240 SGB VI. Sie ist vor dem maà gebenden Stichtag am 2. Januar 1961 geboren, aber bis zum Beginn ihrer Altersrente nicht berufsunfähig gewesen. Ausgehend von ihrem bisherigen Beruf als Postzustellerin war sie auf die ihr sozial und gesundheitlich zumutbaren Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verweisbar.

BerufsunfĤhig sind nach § 240 Abs. 2 Satz 1 SGB VI Versicherte, deren ErwerbsfĤhigkeit wegen Krankheit oder Behinderung im Vergleich zur ErwerbsfĤhigkeit von kĶrperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit Ĥhnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und FĤhigkeiten auf weniger als sechs Stunden gesunken ist. Der Kreis der TĤtigkeiten, nach denen die ErwerbsfĤhigkeit von Versicherten zu beurteilen ist, umfasst alle TĤtigkeiten, die ihren KrĤften und FĤhigkeiten entsprechen und ihnen unter Berļcksichtigung der Dauer und des Umfangs ihrer Ausbildung sowie ihres bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen ihrer bisherigen BerufstĤtigkeit zugemutet werden kĶnnen (Satz 2). Zumutbar ist stets eine TĤtigkeit, fļr die der Versicherte durch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden ist (Satz 3). BerufsunfĤhig ist nicht, wer eine zumutbare TĤtigkeit mindestens sechs Stunden tĤglich ausüben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berļcksichtigen (Satz 4).

FÃ⅓r die Frage, ob ein Versicherter berufsunfähig ist, ist sein â∏bisheriger Berufâ∏ maÃ∏gebend. Wenn er diesen aus gesundheitlichen GrÃ⅓nden nicht mehr ausÃ⅓ben kann, ist die Zumutbarkeit einer anderen Tätigkeit zu prÃ⅓fen. Bisheriger Beruf im Sinne des <u>§ 240 SGB VI</u> ist grundsätzlich die zuletzt ausgeÃ⅓bte und auf Dauer angelegte versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit. Diese muss mit dem Ziel verrichtet werden, sie bis zur Erreichung der Altersgrenze auszuÃ⅓ben. Dieser Grundsatz gilt jedenfalls dann, wenn die Tätigkeit zugleich die qualitativ höchste im Berufsleben des Versicherten gewesen ist (vgl. z. B. Nazarek in JurisPraxiskommentar zum SGB VI [JurisPK SGB VI], 3. Aufl. 2021, <u>§ 240 SGB VI</u> RdNr. 36 ff. m.w.N.).

Maà gebend ist hier die von der Klã gerin langjã hrig ausgeã 4 bte Tã tigkeit als Postzustellerin. Die nach Beendigung der Tã tigkeit bei der Deutschen Post AG von der Klã gerin wahrgenommenen Tã tigkeiten in befristeten Arbeitsverhã kltnissen ã ndiesem Ausgangspunkt nichts, da diese Beschã figungsverhã kltnisse jeweils nicht auf Dauer angelegt waren. Die Klã gerin konnte bis zum Beginn ihrer Altersrente aus gesundheitlichen Grã haden nicht mehr als Postzustellerin eingesetzt werden. Es handelte sich um eine insbesondere mit dem von der Gutachterin K. formulierten Leistungsbild nicht vereinbare Tã tigkeit. Das bestã tigt auch die durch die maã gebenden Gremien gedeckte personenbedingte Kã hadigung der Klã gerin durch die Deutsche Post AG.

Die KlĤgerin konnte in ihrem bisherigen Beruf als Postzustellerin keinen Berufsschutz beanspruchen. In Bewertung aller Gesichtspunkte des Einzelfalls, die der Senat nach dem erheblichen Zeitablauf seit der TĤtigkeitsaufgabe im Jahr 2012 noch hat feststellen kĶnnen, handelte es sich um eine dem Bereich der Angelernten im unteren Bereich zuzuordnende TĤtigkeit.

Auf welche BerufstÄxtigkeiten ein Versicherter nach seinem fachlichen und gesundheitlichen LeistungsvermĶgen noch zumutbar verwiesen werden kann, beurteilt das BSG nach einem von ihm entwickelten Mehrstufenschema, das auch der Senat seinen Entscheidungen zugrunde legt. Dieses gliedert die Berufe hierarchisch in vier Gruppen mit verschiedenen Leitberufen. An oberster Stelle steht die Gruppe der Facharbeiter mit Vorgesetztenfunktion und der besonders qualifizierten Facharbeiter. Es folgen die Facharbeiter in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungszeit von mehr als zwei bis drei Jahren, danach die angelernten Arbeiter mit einer Ausbildungszeit von bis zu zwei Jahren. Zuletzt folgen die so genannten Ungelernten, auch mit einer erforderlichen Einarbeitungs- oder Einweisungszeit von bis zu drei Monaten. Eine vom Versicherten vollschichtig ausübbare TÃxtigkeit ist ihm zumutbar im Sinne des § 240 SGB VI, wenn er irgendwelche TAxtigkeiten der eigenen Qualifikationsstufe oder aber der nÃxchst niedrigeren Stufe spÃxtestens nach einer Einarbeitung und Einweisung von drei Monaten zum Erwerb der notwendigen Kenntnisse und FÄxhigkeiten vollwertig ausüben kann. Dabei muss dem Versicherten ein konkreter Verweisungsberuf benannt und zugeordnet werden kalnnen, anhand dessen sich die Zumutbarkeit seiner Ausübung beurteilen lÃxsst. Kann ein anderer Beruf nicht konkret in Betracht gezogen werden, liegt bei der UnfĤhigkeit der Ausļbung des bisherigen Berufs BerufsunfĤhigkeit vor. Eine Ausnahme vom Erfordernis der konkreten Benennung eines Verweisungsberufs besteht aber dann, wenn dem Versicherten fachlich-qualitativ ungelernte TÃxtigkeiten und jedenfalls leichte körperliche, seelische und geistige Belastungen zumutbar sind. Einem Versicherten ist die Ausýbung einer ungelernten ArbeitstÃxtigkeit grundsÃxtzlich zuzumuten, wenn sein bisheriger Beruf entweder dem Leitberuf des angelernten Arbeiters oder dem des ungelernten Arbeiters zuzuordnen ist. Allerdings ist bei den angelernten Arbeitern weiter zu differenzieren: Angelernte mit einer Regelausbildungszeit von bis zu einem Jahr (sog. untere Angelernte) sind auf alle ungelernten TĤtigkeiten verweisbar. Demgegenüber können Angelernte mit einer Regelausbildungszeit von mehr als einem Jahr bis zu zwei Jahren (sog. obere Angelernte) nur auf ungelernte TÄxtigkeiten verwiesen werden, die sich durch bestimmte QualitÃxtsmerkmale auszeichnen. Daher sind für Angelernte des oberen Bereichs VerweisungstÃxtigkeiten konkret zu benennen (vgl. Nazarek in JurisPK SGB VI, § 240 RdNr. 110 m.w.N).

Der Senat schlieÄ tsich der Auffassung des BSG an, dass die Postbetriebliche Prļfung nicht eine durchlaufene Ausbildung im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ersetzt (vgl. BSG, Urteil vom 13. Dezember 2000, a.a.O., RdNr. 2, 17 und RdNr. 37). Der im Tatbestand dargestellte Ablauf der Postbetrieblichen Prļfung belegt, dass die KlĤgerin zwar erhebliche praktische Erfahrung gesammelt haben dļrfte, aber keine theoretische Ausbildung in voller Breite durchlaufen hat. Soweit sie fļr die erreichte Qualifikation auf die besonderen Anforderungen der TĤtigkeit in GroÄ Ammensleben verwiesen hat, ergibt sich aus dem Schreiben ļber die Versetzung hierzu nichts, das die Angaben

der KlAzgerin auf der Ebene eines Beweises stA¼tzen kA¶nnte.

In der vorgenannten Entscheidung hat das BSG gleichzeitig Ã⅓berzeugend aufgezeigt, dass die Frage, ob durch die Tätigkeit im Postdienst ein Berufsschutz auf der Ebene der oberen Angelernten vermittelt wird, von den qualitätsbestimmenden Merkmalen des Einzelfalls abhängt (vgl. BSG, Urteil vom 13. Dezember 2000, a.a.O., RdNr. 38 f.). Der Senat sieht sich nicht in der Lage, auf Grund der fÃ⅓r den Zeitraum bis zum Ausscheiden der Klägerin aus dem Beruf im Juni 2012 vorliegenden Erkenntnisse am MaÃ□stab der Postbetrieblichen PrÃ⅓fung, der langjährigen Berufserfahrung und der tariflichen Eingruppierung mit hinreichender Gewissheit den Status der Klägerin als Angelernte im oberen Bereich festzustellen.

Ausgangspunkt ist få¼r den Senat zunĤchst, dass auch die in den TarifvertrĤgen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Post AG zum Ma̸stab der Eingruppierung genommenen â∏∏Fachkräfteâ∏∏ mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung nach dem BBiG keine Facharbeiter im Sinne des Mehrstufenschemas, sondern obere Angelernte sind. Nach § 2 der Verordnung $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber die Berufsausbildung zur Fachkraft f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r Brief- und Frachtverkehr vom 7. April 1995 (BGBI. I, S. 489) dauerte die Ausbildung auf der ersten Stufe zwei Jahre. Nur die darauf aufbauende Ausbildung zum Postverkehrskaufmann/zur Postverkehrskauffrau entsprach einer Facharbeiterausbildung von insgesamt drei Jahren. Mit der Neuregelung in § 2 der Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen vom 22. MÃxrz 2005 (BGBI. I, S. 879) bestand nur noch die MA¶glichkeit einer Ausbildung mit der Dauer von zwei Jahren. Die Arbeitnehmer, die über eine abgeschlossene Facharbeiterausbildung im Sinne des Mehrstufenschemas zum â∏Fachkaufmannâ∏ bzw. zur â∏Fachkauffrauâ∏ verfügten, wurden nach den bis zum Ausscheiden der KlĤgerin aus dem Postdienst geltenden Fassungen des ETV-DP AG mindestens der Entgeltgruppe 5 zugeordnet.

Der ̸bergang vom TV Arb-O zum ETV-DP AG erfolgte in mehreren Stufen, die eine Entgeltabsenkung ab dem zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Entgelttarifvertrag få¼r die Arbeiter der Deutschen Post AG vorsahen. Zum Ausgleich erhielten die TarifvertrĤge ab dem 1. Januar 2001 sĤmtlich Besitzstandsregelungen. Nach dem TV Arb-O mit Stand vom 31. Juli 1995 erfolgte bei Verrichtung von TÄxtigkeiten mindestens der Lohngruppe 3 mit bestandener Postbetrieblicher Prüfung die Eingruppierung in die Lohngruppe 4 Nr. 3 TV Arb-O, mit abgeschlossener Prüfung auf der ersten Stufe der Ausbildung nach dem BBiG indes schon in den ersten zwei Jahren der BeschÄxftigung die Eingruppierung in die Lohngruppe 5 Nr. 10 TV Arb-O. Die Einstufung der KlĤgerin nach der bestandenen Postbetrieblichen Prüfung am 29. Oktober 1996 zum 1. Oktober 1996 entsprach nicht der Definition der Lohngruppe 6a TV Arb-O, die durch Verweisung auf die Lohngruppe 6 Nr. 13 eine abgeschlossene Ausbildung nach dem BBiG voraussetzte. In den auch als Anhang I, Anlage 3 bei den ab dem 1. Januar 2001 weitergeführten Regelungen ergibt sich im Bereich der Besitzstandsregelungen eine Differenzierung zwischen den Arbeitern mit einer abgeschlossenen zweijĤhrigen Ausbildung, den Arbeitern mit einer abgeschlossenen

Postbetrieblichen Prüfung und den sonstigen Arbeitern. Während der Abschluss im Sinne des BBiG nach sechs Jahren zur Einstufung in die Lohngruppe 6a führte, war dies mit der abgeschlossenen Postbetrieblichen Prüfung erst nach sieben Jahren möglich. Allerdings war auch fýr Arbeiter ohne eine förmliche Qualifikation die Eingruppierung in die Lohngruppe 6a vorgesehen, wenn diese insgesamt achteinhalb Jahre eine TÄxtigkeit im Postdienst verrichteten und vorausgehend in die Lohngruppe 4 eingruppiert waren. Da im Ergebnis die Lohngruppe 6a allein von der Dienstzeit im Postdienst abhing, erlaubt diese tarifliche Eingruppierung für den Senat keine eindeutige Zuordnung des bisherigen Berufs der KlĤgerin zum Bereich der unteren oder oberen Angelernten. Denn die â∏∏förmlicheâ∏∏ Eingruppierung der Klägerin erfolgte bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Postdienst in die Entgeltgruppe 3, die auch durch eine â∏entsprechende anderweitige berufliche Erfahrung erworbenâ∏ werden konnte. Die Eingruppierung in die vormalige Lohngruppe 6a wurde im Rahmen der Besitzstandsregelung fÃ1/4r die KIÃxgerin bis zum Ausscheiden aus dem Postdienst in Form einer hA¶heren als der tarifvertraglich geschuldeten VergA¼tung weitergeführt.

Ausweislich der Arbeitgeberauskunft der Deutschen Post AG vom 7. Februar 2018 ist eine TÄxtigkeit als Postzustellerin im Rahmen selbst einer ungelernten TÄxtigkeit möglich. Eine weitere Aufklärung des konkreten Einsatzspektrums der Klägerin ist auf Grund des Zeitablaufs nicht mehr mĶglich. Ein Indiz für eine zeitweise von der KlĤgerin wahrgenommene hĶherwertige TĤtigkeit als Gruppenfļhrer bietet die von ihr im Berufungsverfahren vorgelegte Bezügemitteilung für Januar 1999. Die GewĤhrung einer Zulage in schwankender HĶhe kann aber auch im gegenteiligen Sinne verstanden werden, dass die KlĤgerin nur vorļbergehend Aufgaben mit hĶheren Qualifikationsanforderungen wahrgenommen hat. Zumindest ist in der Bezügemitteilung für Januar 2001 die Aufgabe des Gruppenführers und Gewährung einer Zulage nicht mehr aufgeführt. Die Klägerin verfügte ausweislich der Arbeitgeberauskunft über besondere charakterliche StÄxrken, insbesondere der ZuverlÄxssigkeit. Auch hieraus lÄxsst sich fýr den Senat nicht mit der erforderlichen Gewissheit eine Abgrenzung der Stufe der unteren Angelernten zu Gunsten der KlĤgerin zur Stufe der oberen Angelernten vornehmen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe für eine Zulassung der Revision im Sinne von <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> liegen nicht vor. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung auf gesicherter Rechtsgrundlage, ohne dass der Senat von einer Entscheidung der in <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 2 SGG</u> genannten Gerichte abweicht.

Erstellt am: 29.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024

